

ERMUTIGEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG №19 HANDELN FÜR DEMOKRATIE

Zu wahr, um schön zu sein

Von Anetta Kabane

Kennen Sie den? Kommt ein Mann an unseren Stand auf der Buchmesse und fragt: »Stimmt es, dass in Berlin-Neukölln Weihnachten verboten wurde? Es soll nur noch Wintermärkte geben und in den Geschäften keine Weihnachtsdeko mehr, sondern nur noch Schneemänner! Wegen der Muslime.« Unser Kollege: »Nein, ich kann Sie beruhigen. Das stimmt nicht. Ich selbst wohne in Neukölln, und da gibt es noch viel mehr Weihnachtskitsch als sonstwo in Berlin.« Der Mann: »Ähh. Trotzdem. Glaub ich nicht! So weit ist es gekommen: Weihnachten wird verboten, und Sie werden fürs Lügen bezahlt!« Zu wahr, um schön zu sein, würde ich dieses Phänomen nennen.

Die Geschichte ist so komisch wie tragisch. In einer Welt, in der Realitäten nicht zählen und über Fakten einfach hinweggegangen wird, brechen vergangene Epochen wieder auf, als die Menschen noch an Mythen und Monster glaubten. Vor der Aufklärung wussten sie es vielleicht nicht besser. Aber heute? In einer Zeit, in der es für mehr Menschen mehr Zugänge zu Wissen gibt als je zuvor? Eine schwierige Situation für Demagogen, Populisten und Rassisten. Was tun, wenn die Realität so offensichtlich eine andere ist als das, was sie behaupten?

Mit den Mythen der rechten Infokrieger wollen sie den Eindruck erwecken, als stünde Deutschland direkt am Abgrund. Die aggressive Verweigerung, die



Dinge zu sehen, wie sie sind, ist oft verblüffend. Sie glauben eher, dass Weihnachten verboten wurde, als die offensichtliche Lüge zu erkennen. Lieber glauben sie, dass Muslime kurz vor der Machtübernahme stehen und die Juden kleine Kinder essen mit der gleichen Überzeugung, als glaubten sie an den Weihnachtsmann selbst. Seit der Wahl im Bundestag sitzen viele dieser Wahrheitsverweigerer im Parlament. Sie wollen einen Systemwechsel: Vom modernen Rechtsstaat in ein autokratisches Gebilde, dem nur angehören darf, wessen Herkunft genehm ist. Um solche völkischen Ideologien massenhaft zu verbreiten, bekommen sie jetzt auch noch richtig viel Geld. Hinzu kommt die Empörungsspirale aus Artikeln und Talkshows, die den rassistischen Mist weiter und weiter verbreitet. Diese Leute werden alles tun, um Lügen als Wahrheit zu verkaufen, um den Menschen damit Angst zu machen. Das wollen sie: Wut, Neid und Hass, den sie dann an jenen abarbeiten, die anders sind als sie und ihnen im Wege stehen. Das ist die Agenda.

Es wird schwer für uns. Die Zentrifugalkräfte des Zeitgeistes und der gesellschaftlichen Anspannung sind stark. Um ihnen zu begegnen, braucht man Kraft, Mut und eine Infrastruktur, die gegen den Druck wenigstens den Hauch einer Chance hat. Die demokratische Kultur zu verteidigen ist eine Investition in die Zukunft, eine dringende.

Die Zivilgesellschaft hat keine Partei, sie hat nur Mitstreiter. Die Amadeu Antonio Stiftung ist ein Ort, an dem die demokratische Kultur – und diejenigen, die für sie eintreten – verteidigt werden, im wahrsten Sinne: Drohungen, Angriffe und haufenweise juristische Auseinandersetzungen bestimmen unseren Alltag. Die Stiftung braucht, um diese Art der Anwaltschaft zu bieten, die Unterstützung möglichst vieler Menschen. Wenn sie verbreiten, dass in Neukölln Weihnachten verboten wurde, müssen wir dagegenhalten. Oder mit anderen Worten: Die Realität zu ignorieren, um Hass zu säen, kommt nicht infrage. Wir brauchen Ihre Spende, um zu verhindern, dass die Neue Rechte mit Lügen und Verzerrungen die Gesellschaft vergiftet.



Aus Schockstarre wird Aktion

Über 10.000 Menschen demonstrieren am Brandenburger Tor gegen den Einzug des Rechtspopulismus in den Bundestag.

Der soziale Klimawandel ist real und menschengemacht

Von Prof. Dr. Andreas Zick

In Deutschland ist es freundlicher für einige Menschen geworden: Ökonomisch geht es manchem besser als je zuvor. Die Sicherheit ist stabiler als in vielen Ländern, und mit der sogenannten »Flüchtlingskrise« ist schließlich eine neue Zivilgesellschaft im Krisenmanagement aufgeblüht.

Aber das Schönreden wird getrübt – mit dem Blick auf Konflikte und menschenfeindlich motivierte Gewalt. Der Umgangston wird rauer, missachtender und abwertender, das spüren viele. Und es stärkt jene, die einfache Heilsversprechen propagieren. Die ideologisch motivierte Gewalt ist angestiegen. Eine Befragung von Jüdinnen und Juden für den Expertenbericht für den Bundestag berichtet von realen Gefahren und massiven Ängsten. Für viele Menschen, die von anderen als fremd, nicht passend, abweichend, störend oder unnütz betrachtet werden, ist das Leben bedrohlicher geworden. Das trifft auch deren Unterstützende sowie Polizei und Politik.

Die Gesellschaft ist von Prozessen berührt, die sie zersplittern: Rechtspopulistische Wahrheits-, Identitäts- und Widerstandsangebote haben dank einer konstanten Unterschätzung an Stabilität gewonnen, ihre Aggressivität ist schon vor Jahren angestiegen und nicht erst heute. Neurechte Ideologien finden heute mehr Zustimmung, auch im Kleid simpler rechtsextremer wie -populistischer Propaganda. Denn die neurechten Bewegungen statten Menschen mit »Wahrheiten, Identität und Widerstand« aus. Sie finden Anschluss, auch weil das Demokratiemisstrauen gewachsen ist. Demokratie ist »taken for granted«, als selbstverständlich hingenommen, und dies hat zu einer Zersplitterung des großen Ganzen geführt. Sicherheits- und Stabilitätsversprechen lassen sich durch die Forderung »knallhart durchzugreifen« und einer »starken Führung« einfacher vermitteln. Wen wundert es, wenn populistische Verheißungen greifen, die vermeintliche Etabliertenvorrechte betonen und ihre »Rückeroberung« – nach dem Motto »Wir zuerst« – inszenieren? Viele Menschen glauben, unsere Gesellschaft sei ohnehin ein Verdrängungswettbewerb, in dem sich die Stärkeren durchsetzen und die Wertigkeit von Menschen vermessen ließe. Der soziale Abstieg einiger führt zynischerweise dazu, dass sich auf einmal alle als Opfer der Verhältnisse verstehen und an den Rand der Gesellschaft abdriften. Opfer wird man los, indem man sich selbst als solches sieht. Das hat fatale Folgen: Wir können beobachten, wie sehr Vorurteile zum Werkzeug werden, um einen Anschluss an die Gesellschaft herzustellen. Ungleichwertigkeitsideologien erfüllen gesellschaftliche Vorstellungen, wo Werte von Demokratie als »nett, aber ineffektiv« abgetan werden. Kurz: Um eine gemeinsame Basis des Zusammenlebens zu finden, müssen erstmal Vorurteile beseitigt werden.

Es wäre gut, wenn wir diese Herausforderungen weiter kontrovers wie konstruktiv diskutieren. Sie gehören auch in das neue Parlament, wo die Fragen nach dem sozialen Zusammenhalt, der Integrationsqualität und dem Schutz von Menschen verhandelt werden müssen, auch weil die Rechtspopulist_innen auf einmal mitten im Parlament sind. Man möge in die Anfragen der AfD in den Landtagen schauen, um einen Eindruck zu bekommen, was sie dort antreibt. So hat die sächsische AfD beispielsweise gefordert, das Amt der Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen, während der baden-württembergische Landesverband die Streichung von Fördergeldern für eine NS-Gedenkstätte forderte. In den Anträgen und parlamentarisch legitimen Anfragen verbergen sich immer wieder soziale Vorurteile. Nach der Kriminalitätsbelastung wird gefragt, nach nicht erfolgten Abschiebungen, Integrationsproblemen und -defiziten oder der scheinbar nicht legitimierte Unterstützung von NGOs, die ein anderes Weltbild als die Fragenden haben. Es ist legitim, nach Kriminalität von Gruppen zu fragen, aber das entlastet niemanden davon, Gleichwertigkeit zu stärken. Es wirkt auf gesellschaftliche Gruppen, wenn sie einem Dauerverdacht ausgesetzt werden. Die ständige Bedrohung durch Stereotype ist gefährlich.

Diese Beschreibung der Schlechtwetterlage könnte fortgeführt werden und hilft, die Realitäten geradezurücken, löst aber wenig. Es reicht eben nicht zu lernen, wie man mit Rechten redet. Es braucht viel mehr. Es braucht eine moderne Zivilgesellschaft, die von Gestaltung statt Widerstand und Integration statt Diskriminierung geprägt ist. Entscheidend ist die Frage: Welche Ressourcen, welche Identitätsangebote und welchen Schutz gegen Feinde aller Couleur braucht eine Zivilgesellschaft, die diese Konflikte aushalten muss? Sie benötigt Ressourcen und Gestaltungsspielraum, um sich zu entwickeln und weiterzubilden. Mit Blick auf Konflikte und Gewalt müssen Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen genau analysiert und dokumentiert werden. Die Stärkung der Forschung und zuverlässigen Berichterstattung über alle Facetten der Menschenfeindlichkeit gehören ebenso dazu wie eine schonungslose Analyse von Diskriminierungen und Gewalt. Wenn Gesellschaften zersplittern, hat die Prävention eine umso größere Brückenfunktion. Das alles sind keine Fragen von rechts oder links oder irgendeiner Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe. Es ist eine Frage der Mindeststandards einer Zivilgesellschaft, die für sich demokratische Kultur behauptet und stolz darauf ist.

Prof. Dr. Andreas Zick ist Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld und Vorsitzender des Stiftungsrats der Amadeu Antonio Stiftung.

Positionieren. Konfrontieren. Streiten

Mit dem Einzug in den Bundestag muss sich der Umgang mit der AfD ändern. Themen, welche die Partei bislang dominiert hat, müssen neu angepackt und besetzt werden. Sonst macht man es der Partei zu leicht, das Parlament als Bühne zu nutzen. Wer sich in die Auseinandersetzung begibt, lässt sich oft verunsichern, einschüchtern und in die Defensive drängen. Die Handreichung »Positionieren. Konfrontieren. Streiten.« der Amadeu Antonio Stiftung ermutigt zur Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Positionen und Strategien. Download und Bestellung: www.amadeu-antonio-stiftung.de/afd



Ermutigendes Engagement ausgezeichnet

In Dresden wurden sieben Initiativen und eine Kommune mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2017 ausgezeichnet. Gerade angesichts des Aufstiegs der AfD zur stärksten Kraft in Sachsen schenkt der Preis denjenigen Aufmerksamkeit, die vor Ort die Demokratie lebendig halten und sich dabei oft allein fühlen. Kein Projekt macht so beispielhaft vor, wie die Antwort auf den Rechtsruck aussehen kann, wie die Hauptpreisträger RAA Hoyerswerda Ostachsen e.V. und RAA Sachsen e.V. Wie die Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft gestaltet werden kann, zeigt der Kommunenpreisträger mit dem Helferkreis der Stadt Meerane. Mehr Informationen unter:

www.demokratiepreis-sachsen.de

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Fragen stellen ohne in Frage zu stellen

GEFÖRDERTES PROJEKT Kleinbus fährt Anfang September auf dem Marktplatz von Freiberg in Sachsen vor. Junge Leute steigen aus und bauen einen Stand auf. Wer denkt, dass es sich um den Wahlstand einer Partei handelt, liegt falsch. Die sechs Studierenden sind in eigener Sache unterwegs: Sie möchten die Berliner Filterblasen verlassen und bei Kaffee, Saft und Blechkuchen mit Bürger_innen ins Gespräch kommen. Das Ziel ist es kurz vor der Bundestagswahl, mit Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus und mit verschiedensten politischen Meinungen zu diskutieren. Fragen zu stellen ohne in Frage zu stellen. Über persönliche Wünsche, Ängste und Anforderungen an die Politik möchten die sechs Wahlberliner_innen sprechen. Einerseits, um besser verstehen zu können, warum so viele Personen einer Partei wie der AfD ihre Stimme geben, andererseits, um persönliche Eindrücke vom Leben in den Kleinstädten zu sammeln. Das Motto der Engagierten: »Deutschland, wir müssen reden!« Auf 14 verschiedenen Marktplätzen in Sachsen und Thüringen baut das Team mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung seinen Stand auf. Im Vorfeld helfen Absprachen mit lokalen Initiativen, die Situation vor Ort besser einzuschätzen. Neben Kaffee und Kuchen sind ein Glücksrad mit provokanten Thesen und ein Tablet

mit dem Wahl-O-Mat Türöffner, die die skeptischen Blicke in neugierige verwandeln. Einige Menschen bleiben stehen und tatsächlich kommt die Sprache schnell auf kontroverse Themen wie Sozialpolitik und den Zuzug von Geflüchteten. Viele bezeichnen sich selbst als »Protestwähler_innen«. Sie seien nicht dafür, dass die AfD in die Regierung kommt, wollen aber ein Signal ans »Establishment« senden. In den Gesprächen wird deutlich, dass viele zwar die Problematik rechter Äußerungen erkennen, aber dennoch rassistische Vorurteile teilen. Deshalb wählen sie – trotz etwaiger Bedenken – die AfD. Aus dem Gehörten wird in verschiedenen Formaten wie z.B. Podcasts und Fotostories zusammengetragen, was sich ändern sollte. Eins ist auf dieser Tour deutlich geworden: Lebensrealitäten (wieder) zusammenzubringen ist ein langer Prozess: »Es ist eine riesige Baustelle, die wir gerade erst kennen gelernt haben. Darum ist die Arbeit der lokalen Initiativen zur Förderung von Demokratie – die leider häufig vollkommen überlastet und schlecht finanziert sind – so wichtig«, erzählt eine der Organisator_innen. Obwohl die Arbeit anstrengend war, empfiehlt das Team das Kleine großflächiger zu machen. Und die Engagierten merken, dass es sich lohnt bewusst Gespräche zu suchen – ob in Sachsen, Thüringen oder anderswo.



© Initiative »Deutschland, wir müssen reden!«

Nichts Neues aus Sachsitz?

Ein Comic gegen rechte Gewalt

GEFÖRDERTES PROJEKT Mit 27,0% geht die AfD als stärkste Kraft in Sachsen aus der Bundestagswahl hervor. Das Ergebnis ist symptomatisch für die Rechte Gewalt gegen Geflüchtete, die in diesem Bundesland ganz besonders präsent ist. Nichtsdestotrotz engagieren sich in Sachsen viele Menschen für eine plurale, offene Gesellschaft. Dazu gehört das Alternative Kultur- und Bildungszentrum (AKuBiZ) in Pirna. Mit dem Comic »Nichts Neues aus Sachsitz«, den die Stiftung gefördert hat, antwortet der Verein auf Alltagsrassismus und gewalttätige Übergriffe auf Asylsuchende und politisch Engagierte in der Kleinstadt. Wir haben uns dazu mit dem AKuBiZ unterhalten.

der Straße sind sie nicht nur verbalen Anfeindungen ausgesetzt. Aber zu viel soll an dieser Stelle nicht verraten werden.

Und wie kann ein Comic in der politischen Bildung eingesetzt werden?

Mit dem Comic möchten wir Jugendliche für Rassismus sensibilisieren, ihnen vermitteln, was ein rassistischer Übergriff für die Betroffenen bedeutet, und sie motivieren, sich selbst zu positionieren. Dafür ist die Schule sicherlich ein wichtiger Ort. Unser Comic fand aber beispielsweise auch unter Fans im Fußballstadion großen Anklang.



Welche Geschichte erzählt der Comic?

Die Geschichte der Hauptfigur, Tarek, basiert auf realen Erlebnissen der Opferberatungsstellen. Im Zentrum steht die Gründung einer Bürgerinitiative, die gegen Asylsuchende hetzt. Zu der gehören neben der Oma von nebenan und dem Verkäufer des Gemischtwarenladens auch die Führungsriege der lokalen Neonaziszene. Durch die flüchtlingsfeindliche Stimmung im Ort verändert sich das Leben der Jugendlichen, die sich gegen Rassismus positionieren. Ihr Jugendzentrum wird geschlossen, und auf

Angesichts alltäglicher rechter Gewalt ist eure Arbeit sicher nicht einfach...

Es gibt viel zu wenige Personen und Institutionen, die klar Stellung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit beziehen. Auch von der Politik fühlen wir uns alleingelassen. In vielen Gemeinden fehlt es außerdem an Veranstaltungsräumen für Arbeit gegen Rechts. Kurzum, es gibt noch viel zu tun. Nach 15 Jahren Vereinsarbeit sind wir allerdings noch nicht müde geworden und werden auch weiterhin aktiv bleiben!

»Es geht um das demokratische Fundament einer Gesellschaft«

Dr. Mehmet Daimagüler ist seit diesem Jahr neues Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung. Eine wertvolle Perspektive für die Arbeit der Stiftung ist insbesondere seine Expertise als Anwalt von Betroffenen rechter Gewalt und Nebenklagevertreter im NSU-Prozess. Wir sprachen mit ihm über den Stand des Verfahrens und die offenen Fragen.

Wie bewerten Sie das Plädoyer der Bundesanwaltschaft im NSU-Prozess?

Wenn es um die Tat- und Schuldfrage der einzelnen Angeklagten geht, ist an den Plädoyers nicht viel auszusetzen. Wenn es aber darum ging, die Rolle staatlicher Organe im NSU-Komplex zu hinterfragen, geriet das Plädoyer zum Totalausfall. Der institutionelle Rassismus innerhalb der Polizei, der migrantische Opfer nicht Opfer sein ließ, und stattdessen die Opfer und die Hinterbliebenen kriminalisierte, war kein Thema. Gleichzeitig wurden alle Hinweise auf zwei Fahrradfahrer ignoriert, die sich später als die beiden Täter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt beim Kölner Nagelbombenanschlag entpuppten. Die Perspektive der Betroffenen wurde vernachlässigt, gar als störend empfunden. Auch die zweifelhafte Rolle der Geheimdienste war keine Silbe wert. Bei diesem Thema agierte die Bundesanwaltschaft nicht wie eine Anklagebehörde, sondern wie eine »Staatsschutzbehörde« im schlechtesten Sinne des Wortes: als Vertreterin staatlicher Interessen, auch auf Kosten der Wahrheitsfindung. Zudem hielt die Bundesanwaltschaft ohne jede Einschränkung an ihrer abenteuerlichen These fest, beim NSU habe es sich um eine »isolierte Zelle von drei Personen« gehandelt.

Inwiefern wurde Rassismus während des NSU-Prozesses thematisiert?

Wenig bis gar nicht. Gerade noch, wenn es um die Ideologie der Angeklagten und ihrer Unterstützenden ging, aber das war's dann schon. Wenn wir als Nebenklage Polizeibeamte fragten, warum nach den Morden gleich Drogenspürhunde eingesetzt wurden, obwohl die Toten niemals mit Drogenvergehen aufgefallen waren, wurden diese Fragen meistens sogleich von Vertretern der Bundesanwaltschaft beanstandet – diese Fragen hätten mit der Schuld oder Rechtsfolgen der Angeklagten nichts zu tun und meistens folgten die Richter den Beanstandungen. Dabei gehören diese Fragen selbstverständlich in ein Strafverfahren. Das Bundesverfassungsgericht hat oft genug gesagt, dass auch solche Aspekte zum Aufklärungsauftrag eines Gerichtes gehören. Und je schwerwiegender die Tat, umso mehr muss aufgeklärt werden. Der Europäische Gerichtshof für



Menschenrechte hat zudem oft genug geurteilt, dass bei politischen und rassistischen Straftaten besonders intensiv ermittelt werden muss, weil es hier eben nicht »nur« um den Schutz besonders schutzwürdiger Menschen geht, sondern um das demokratische Fundament einer Gesellschaft insgesamt. Die Bundesrepublik Deutschland hat zu solchen Urteilen immer zustimmend applaudiert, aber da ging es ja auch um andere Länder wie Bulgarien, Rumänien oder die Türkei.

Welche Aspekte thematisierten Sie mit Ihrem Plädoyer besonders?

Es ist bezeichnend, dass die Bundesanwaltschaft bei ihren zahlreichen Versuchen, den aufzuklärenden Prozessstoff möglichst klein und von staatlichen Organen fern zu halten, nicht ein einziges Mal zu Urteilen des Bundesverfassungsgerichts oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Bezug genommen hat. Gerade die begreifen aber bei rassistisch motivierten Straftaten den Prozessstoff besonders umfassend und beziehen strukturellen Rassismus in ihre Urteilsfindung ein. In meinem Plädoyer thematisierte ich außerdem die Rolle von Geheimdiensten und die Mär der »isolierten Zelle aus drei Personen«.

Wie geht es nach dem Urteilspruch weiter? Wie kann eine weitere Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex aussehen?

Juristisch wird es weitergehen – wenn es sein muss, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Politisch? Ich glaube, die Politik hat im Großen und Ganzen das Thema abgehakt.

Harmlose Einzelfälle?

Völkischer Rechtsextremismus im ländlichen Raum

Der ländliche Raum wird mit Abgeschiedenheit, landschaftlicher Idylle und Ruhe verbunden. Doch wie gehen wir damit um, wenn dies durch Nachbar_innen gestört wird, die auf ihrem Hof regelmäßig zu Feiern einladen, bei denen die lokale Prominenz der rechten Szene vertreten ist? Wenn auf ihrem Hof Zeltlager stattfinden, bei denen Kinder das Horst-Wessel-Lied singen und in Uniform kilometerlange Gewaltmärsche absolvieren?

Völkischen Rechtsextremismus gibt es in vielen Regionen Deutschlands. Gerade die östlichen Bundesländer sind für Rechtsextreme besonders attraktiv, Mecklenburg-Vorpommern war lange Modellregion für ihre Siedlungsbestrebungen. Hier hat sich über die Jahre aber breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand und ein Bewusstsein in der Politik entwickelt. Eine Vielzahl neuer rechtsextremer Raumergreifungsversuche lässt sich seitdem in der Nachbarregion Niedersachsen finden: Völkische Sippen haben hier ihre Höfe, völkische Vereine veranstalten in der Region Sonnenwendfeiern, Volkstanzfeste und Tagungen. Rechtsextreme Verlage veröffentlichen antisemitische Propaganda und schicken sie durch ganz Deutschland. In Zeltlagern völkischer Jugendbünde werden Rasseschulungen und Wehrsportübungen durchgeführt. In der ländlichen Idylle der »Volksgemeinschaft« suchen auch Rechtsextreme ihr Heil – weg aus der städtischen Moderne. Die völkische Ideologie konstruiert ein deutsches Volk nach rassistischen Kriterien. Teil des Volkes ist dabei längst nicht, wer allein die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder Teil der deutschen Gesellschaft ist. Neben nicht-weißen, nicht-deutschen und jüdischen Menschen werden auch alle ausgeschlossen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung nicht zur Reproduktion der »Volksgemeinschaft« beitragen würden. Genau wie jene, für die nicht die eigene Nation im Vordergrund ihres politischen Handelns steht. Vorderstes Ziel der Völkischen Siedler_innen: das »Aussterben« des »Volkes« zu verhindern. Hauptaufgabe der Frauen im völkischen Weltbild ist es, als sorgende Mutter möglichst viele Kinder zu gebären und im rechtsextremen Sinne zur kommenden Elite der Szene zu erziehen. Ihr Engagement ist meist nicht offen als



rechtsextrem erkennbar: Sie gründen Fahrgemeinschaften, melden sich als erste zur Betreuung des Kuchenbasars und organisieren Schulfeste. In der Öffentlichkeit treten die völkischen Rechtsextremen auf diese Weise harmlos und scheinbar unpolitisch auf. Tatsächlich aber folgen sie einem klar rassistischen, antisemitischen Weltbild und nutzen die Abgeschiedenheit des ländlichen Raums um ihre Netzwerke zu erweitern. Die Handreichung »Die letzten von gestern, die ersten von morgen?« Völkischer Rechtsextremismus in Niedersachsen« bündelt das Wissen der Akteur_innen vor Ort und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, die bei der Auseinandersetzung mit der völkischen Szene helfen können. Und das nicht nur in Niedersachsen – sondern überall, wo völkische Siedler_innen erkannt oder unsichtbar auftreten. Die Handreichung kann bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden.

von Marius Hellwig

Die Macht der Erzählungen

Aus den Kommentarspalten in die öffentliche Debatte

Die Welt so erzählen, dass sie ins rechte Weltbild passt: Darin sind rechts-alternative Akteure Meister und versuchen, die Debatte zu vergiften. Narrative – Erzählungen, die Handlungen und Ereignisse mit Sinnzusammenhängen verknüpfen – helfen, Erklärungen dafür zu finden, was um uns herum passiert. Doch was, wenn diese Erzählungen dazu benutzt werden, ein Weltbild von Hass und Vorstellungen von Ungleichwertigkeit zu untermauern? Diese toxischen Narrative verkürzen Erklärungen und verfälschen Realitäten – und tragen damit extrem rechte Weltvorstellungen in die öffentliche Debatte. Für den aktuellen Monitoringbericht zu rechts-alternativen Akteuren im Netz wurden die zehn einschlagigsten Facebook-Seiten dieser Akteure durchforstet. Nach der Sichtung von mehr als tausend Beiträgen konnten sieben Hauptnarrative identifiziert werden. Dazu gehören unter anderem Erzählungen von einer globalen Verschwörung, der Bedrohung der Deutschen durch Migration oder einem vermeintlich manipulierenden Establishment. So realitätsfern diese Narrative für uns klingen mögen, ist ihre Bedeutung im Netz nicht zu unterschätzen: Stetig wiederkehrend sorgen sie dafür, Personen in ihrem rechten Weltbild zu bestätigen und zu festigen. Von rechts-alternativen Akteuren werden sie in sämtliche Kommentarspalten der bundesdeutschen Medienlandschaft hineingetragen. Gerade, wenn sie verklausuliert verwendet werden, sind toxische Narrative extrem anschlussfähig. Ihre enorme mediale Präsenz hält sie im Gespräch und normalisiert sie so lange, bis sie den Anschein ernstzunehmender »alternativer Gesellschaftstheorien« bekommen. Wer hat nicht schon vom Narrativ der »Volksverräter« oder der »Lügenpresse« gehört? Die Diskursverschiebung nach rechts funktioniert. Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen nutzen digitale Medien auf der Höhe der Zeit – und mit Erfolg. Dass sich emotional aufgeladene Erzählungen in Sozialen Netzwerken schnell in virale Hits verwandeln, kommt ihrer Narration entgegen. Forschung, öffentliche Debatte und Gegenreaktionen

konzentrieren sich bis jetzt weitgehend auf die Problematik von Fake News und strafrechtsrelevanten Inhalten. Die Erzählungen aber lassen sich nicht per Gesetz verbieten oder löschen, weil sie selten strafrechtlich relevant sind – und auch in gemäßigtem Ton ihre Wirkung entfalten. Was tun gegen toxische Narrative im Netz? So absurd und offensichtlich falsch sie mitunter erscheinen, sie abzutun ist keine ausreichende Antwort. Stattdessen müssen sie enttarnt werden – in ihrer Struktur, mit ihren menschenverachtenden Ideen, Verallgemeinerungen und emotionalisierenden Bildern. Und über die Positionierung gegen die Narrative hinaus ist es an uns allen, eigene positive Narrative – Demokratienarrative – zu schaffen. Wir müssen lernen, Demokratie und Vielfalt nicht nur zu gestalten, sondern zu erzählen – um die offene Gesellschaft nicht nur zu verteidigen, sondern dafür wirklich zu begeistern.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/toxische_narrative



Gut, dass ihr hier seid!

GEFÖRDERTES PROJEKT Seit inzwischen einem Jahr engagiert sich die Facebook-Gruppe #ichbinhier für eine bessere Diskussionskultur und gegen Hass in den Sozialen Medien. 37.000 Menschen stellen sich Hetze, Vorurteilen und Falschmeldungen in den digitalen Kommentarspalten entgegen. Auf Hate Speech wird konstruktiv geantwortet – mit Fakten und positiven Beiträgen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat die Entwicklung der bislang digital organisierten Gruppe gefördert und Offline-Treffen ermöglicht. Wir sprachen mit Liane Mallinger und Alex Urban aus dem Moderationsteam von #ichbinhier über ihren Kampf gegen Internettrolle, Verschwörungphantasien und AfD-Fans.

Ihr steht für einen konstruktiven Dialog in den Sozialen Medien. Wie genau führt ihr diesen Dialog, wie sieht eure Arbeit konkret aus?

Liane: Der Dialog findet in den Kommentarspalten der verschiedenen Medien statt. Wenn wir sehen, dass zu bestimmten Themen der Hass und die Hetze in den Kommentaren überwiegen, starten wir eine Aktion und versuchen für eine sachliche und respektvolle Diskussion einzutreten, indem wir ein Gegengewicht schaffen.

Täglich treten eurem Netzwerk neue Leute bei. #ichbinhier wächst und wächst. Steht ihr dieser Entwicklung positiv gegenüber oder seht ihr das Ganze eher skeptisch?

Alex: Ehrlich gesagt ist der ganze große Run vorbei. Es warten keine Tausende mehr an der Tür, wie noch vor Monaten. Das ist ganz normal, die große Neugier ist durch. Aber die Gruppe schrumpft auch nicht! Die, die sich für ein Engagement entschieden haben, machen mit. Andere scheiden wieder aus, es kommen neue Gesichter, die ihrerseits neue Energie mitbringen. Insgesamt sind wir weiter positiv, nicht skeptisch.

Werden Inhalte denn auch innerhalb der Gruppe diskutiert? Wie kommt eure Community bei den verschiedenen Themen auf einen gemeinsamen Nenner?

Alex: Es gibt innerhalb der Gruppe ein Format: Der »Sonntagstalk«. Die Gruppe schlägt Themen vor, stimmt darüber ab, diskutiert. Dort erkennt man schon, wie heterogen die Masse ist. In den eigentlichen Aktionen geht es nicht um Diskussionen innerhalb der Gruppe, sondern draußen in den Kommentarspalten. Jeder soll seine Meinung haben, sie posten und sachlich diskutieren. Darum geht's ja.

Liane: Genau! Wir haben keine Gruppenmeinung, jedes Mitglied darf und soll seine Meinung vertreten, es muss nur respektvoll und sachlich geschehen.

Wer viel im Netz unterwegs ist, weiß wie mühselig und anstrengend das Mitdiskutieren in den Kommentarspalten sein kann. Wie schafft ihr es, euch tagtäglich dafür zu motivieren?

Liane: Es ist einfach das Richtige. Das wissen wir und das ist unsere Motivation. Wir setzen uns dafür ein, den Ton in den Kommentarspalten zu verbessern und für einen zivilisierteren Umgang miteinander zu sorgen. Uns ist es wichtig, Kante zu zeigen!

Gibt es denn schon erste Erfolge? Und was ist euer Appell an die große schweigende Masse, die im Netz nicht mitdiskutiert?

Alex: Die Präsenz des Themas in den Medien und der Politik schreiben wir zu einem guten Teil #ichbinhier zu. Man muss feststellen, dass es in den Kommentarspalten immer noch abgeht, aber wir haben zumindest dazu motiviert, sich zu trauen mitzudiskutieren. Wir haben das mal geprüft: Es gibt viel Zuspruch von Nicht-Mitgliedern, aber natürlich auch einiges an Gegenwind. Das sehe ich schon als Erfolg. #ichbinhier hat scheinbar einen Nerv getroffen. Daher heißt es auch weiterhin: Traut euch! Und an die Medien: Moderiert endlich vernünftig eure Kommentarspalten!

Eine Intervention gegen die Angstgesellschaft



© Janusz Czech

GEFÖRDERTES PROJEKT Jährlich halten Rechtsextreme am Jahrestag des Bombenangriffs auf Pforzheim eine Fackelmahnwache ab, Russlanddeutsche organisierten im Stadtteil Haidach eine Demonstration gegen Flüchtlinge, bei der letzten Landtagswahl 2016 erreichte die AfD in der Stadt 24,2%. Pforzheim steht beispielhaft für die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ganz Europa. Der Künstler Janusz Czech, das Magazin »agora42« und das von der Stadt betriebene EMMA-Kreativzentrum haben die besorgniserregende Stimmung zum Anlass genommen, um die Menschen mit der Ausstellung »Wa(h)re Angst« ins Gespräch zu bringen. Die Idee: Internationale Künstler_innen eröffnen in Bildern, Zeichnungen, Kollagen, Objekten und Installationen ihre ganz persönlichen Perspektiven auf das Thema Angst. Was macht uns wirklich Angst? Wie wirken Ängste? Und wie werden sie instrumentalisiert? Sie stellen sich der Frage, ob es eine wahre, instinktive und berechtigte Angst gibt. Gleichzeitig thematisieren sie, wie Angst zu politischen Zwecken als Ware instrumentalisiert wird – und treffen damit ein Thema, das die Menschen umtreibt: »Bei den Führungen durch die Ausstellung merke ich immer wieder, wie groß der Diskussionsbedarf der Menschen zum Thema Angst ist. Das bewegt die Leute. Die Unsicherheit und Besorgnis in der Bevölkerung

darüber, wie unsere Gesellschaft sich entwickelt, ist deutlich zu spüren«, sagt der Künstler Janusz Czech, der die Ausstellung organisiert und kuratiert hat. Er ist in einem Pforzheimer Brennpunktviertel aufgewachsen und kennt die Situation vor Ort aus eigener Erfahrung.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung: Angst, die ganz bewusst von Demokratiefreunden geschürt wird. Ängste, die in der Bevölkerung vorhanden sind – vor einem vermeintlichen Verlust der Heimat oder fehlender Sicherheit – werden aufgegriffen und instrumentalisiert. Und auch passende Antworten auf diese Ängste stehen parat: So wie eine Uniform äußerlich Identität stiftet, verleiht die Richtschnur einer rechtspopulistischen Partei oder Bewegung eine trügerische Sicherheit. Dieses Denken bietet leichten Anschluss für alle, die außerhalb ihrer selbst Halt suchen. Umso wichtiger war es den Ausstellenden, auch Schüler_innen durch die Werke zu führen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Denn die Antworten der Rechten auf Ängste sind menschenverachtend und erklären leichtfertig Personen zum Sündenbock, die nicht ins rechte Weltbild passen. Dem stellt sich die Ausstellung »Wa(h)re Angst« entgegen: So wollen die Projektpartner_innen und Künstler_innen klare Kante zeigen und sich den Spannungen in der Stadt stellen.

Die Stimmung darf nicht kippen



Als die AfD-Politikerin Beatrix von Storch 2016 ihre menschenfeindlichen Tweets zur EU-Grenzsicherung mit Waffengewalt als angeblichen »Ausrutscher« mit der Maus rechtfertigte, reagierten die User_innen der Sozialen Netzwerke mit Empörung, Kopfschütteln und Humor. Bis heute labeln User_innen menschenfeindliche Kommentare ironisch als »Mausrutscher«. Humor ist eine Art mit dem Hass umzugehen. Dennoch steht das Beispiel – provozieren und dann abmildern – mustergültig für die Medienstrategie des Rechtspopulismus.

Neben der Professionalisierung von rechtsextremen Onlineaktivitäten lässt sich eine grundsätzliche Verschiebung der Debattenkultur nach Rechts erkennen. Der digitale Raum als wesentlicher Schauplatz gesellschaftlicher Diskurse wird zunehmend zu einer Spielwiese für Vorurteile, Stereotype und Diskriminierung. Auch wenn es vergleichsweise wenig User_innen sind, die sich Hate Speech gezielt zu Nutze machen, zögert mittlerweile jede_r zweite aus Angst vor dem starken Gegenwind und Beleidigungen, sich aktiv in Online-Diskussionen einzubringen. Eine überaus gefährliche Entwicklung, die durch die AfD im Bundestag noch weiter verschärft wird. So wie die Rechtspopulist_innen versuchen, in den Parlamenten die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, versuchen aktive und gut vernetzte Trolle konstruktive Debatten zu kapern

und in Kommentarspalten lautstark den Ton anzugeben.

Die Stimmung darf nicht kippen. Weder offline, noch online. Dem Hass im Netz darf nicht mit Ohnmacht, Furcht oder gar Resignation begegnet werden. Daher startete die Amadeu Antonio Stiftung im Herbst 2017 mehrere neue Projekte, die mit verschiedenen Akteur_innen an einer neuen digitalen Debattenkultur arbeiten. »Wir sehen, dass sich außerhalb des Internets viele Menschen gegen Rechtsextremismus positionieren, Geflüchtete unterstützen oder populistische Äußerungen nicht unkommentiert lassen. Die Realität im Netz ist aber eine andere. Hier bedarf es einer aktiveren Zivilgesellschaft, die eine konstruktive Debattenkultur voranbringt« so Mick Prinz, Projektleiter von »Civic. Net – Aktiv gegen Hass im Netz«, einem der neugegründeten Projekte mit Sitz in Berlin. Dieses und das Hannoveraner Projekt »wildwildweb« werden vor allem Organisationen und Initiativen, die sich tagtäglich mit Hetze konfrontiert sehen, im Umgang mit Shitstorms, Fake News und Gegenrede, Counterspeech, schulen. Was die Projekte eint: Das Ziel, eine bessere digitale demokratische Kultur in den Sozialen Netzwerken zu verankern. Denn auch, wenn die Hater und Trolle laut sind – sie sind trotzdem die Minderheit. Helfen Sie uns, ihrem Hass den Boden zu entziehen!



Im Visier rechter Gewalt – Anschlag auf Vereinshaus von Engagierten

GEFÖRDERTES PROJEKT Nur Tage, nachdem Jugendliche aus Israel im ehemaligen Kleinbahnhof im vorpommerschen Schmarsow untergebracht waren, dringen Unbekannte in das Gebäude ein und hinterlassen einen Ort der Verwüstung – samt eingeritztem Hakenkreuz. Der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung lässt die Betroffenen nicht allein.

Schmarsow könnte als Sinnbild des vorpommerschen Hinterlands gelten. Dennoch ist der abgeschiedene Ortsteil der Gemeinde Kruckow mit seinen rund 650 Einwohnern ein wichtiger Anlaufpunkt zahlreicher Arbeits- und Begegnungsprojekte. Dies ist in erster Linie Land und Leute e.V. zu verdanken: Der ortsansässige Verein hat hierfür den ehemaligen Kleinbahnhof der Gemeinde hergerichtet und der Region wieder Leben eingehaucht. Doch nun wurde das Vereinshaus völlig verwüstet. Die Eindringlinge schlugen Fenster ein, demolierten mehrere Türen, Stühle und einen Tischkicker, zudem warfen sie Möbel aus dem Obergeschoss nach draußen. Eine Drohung und Beleg ihrer Motivation hinterließen die Täter_innen auch: In die Couch schlitzten sie mit einer Sense ein Hakenkreuz. Bereits 2012 war in die Räume des Bahnhofs eingebrochen worden. »Allerdings handelte es sich damals offensichtlich um Diebstahl, da die Täter alles mitgenommen haben«, berichtet Robert Kreibitz, Geschäftsführer des Vereins. Das offensichtliche Ausmaß des Schadens spreche in diesem Fall jedoch eindeutig für Vandalismus, das Hakenkreuz gebe zudem Hinweise auf ein antisemitisches bzw. rechtsextremes Motiv. Besonders der Aufenthalt einiger israelischer Jugendlicher wenige Tage zuvor gibt Anlass zu dieser Vermutung. »Eigentlich haben wir in Schmarsow keine Probleme mit organisierten Neonazis, dafür ist der Ort einfach zu klein«, meint Kreibitz. Heruntergespielt werden sollte der Vorfall jedoch keineswegs. Er ist sich sicher, dass die Täter_innen diesmal eine Drohung hinterlassen wollten. Ob beim nächsten Mal nicht mehr passiert,



weiß niemand. Die Bürgermeisterin der Gemeinde zeigte sich betroffen, auch Anwohner_innen sind beunruhigt. Am tiefsten sitzt der Schock jedoch bei den Vereinsmitgliedern. Zum einen ist der Bahnhof rund 120 Jahre alt, was die ohnehin langwierigen und teuren Renovierungsarbeiten nicht einfacher macht. Zum anderen hat der Vorfall die Sicherheitslage einschneidend geändert. Um dem Verein Land und Leute e.V., der im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern wertvolle zivilgesellschaftliche Arbeit leistet, bei dieser doppelten Belastung beizustehen, unterstützt der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung die notwendigen Renovierungsarbeiten, damit der Verein im Angesicht rechter Gewalt sein Vereinshaus schnell wieder nutzen kann.

Von Maximilian Kirstein

Der Opferfonds CURA unterstützt Opfer rechtsextremem Gewalt dank der Hilfe zahlreicher Spender_innen mit finanziellen Mitteln. Allein im Jahr 2016 wurde CURA in 38 Fällen mit über 60.000 Euro aktiv.

Über Generationen hinweg gegen rechte Hetze

GEFÖRDERTES PROJEKT »Am Anfang ging es um unsere Kinder, um die wir einfach Angst hatten« berichtet Ina Grobe. Durch wiederholte Übergriffe auf die Jugendlichen wurde klar: Ihr 25 000-Seelen-Städtchen hat ein ernstes Problem mit Rechtsextremismus. Schutz bei der Stadtverwaltung fanden sie nicht, im Gegenteil: die Stadtoberen diffamierten die betroffenen Jugendlichen mitsamt ihrer Eltern als Linksextreme.

Seitdem ist im südsächsischen Limbach-Oberfrohna viel passiert. Die Jugendlichen gründeten im Jahr 2007 die »Soziale und politische Bildungsvereinigung«. Nachdem Rechtsextreme wiederholt Scheiben eingeworfen und Wände beschmiert hatten, kündigte der Vermieter die Räumlichkeiten – noch bevor sie mit Veranstaltungen beginnen konnten. Daraufhin renovierten die Jugendlichen in monatelanger Arbeit ein Haus am Stadtrand. Die Mühe wurde in nur einer Nacht zunichte gemacht: Das Haus brannte nach einem neonazistischen Brandanschlag völlig aus. Nur durch Glück kam niemand zu Schaden. Aber die Jugendlichen ließen sich nicht beirren. Sie bauten, unterstützt durch den Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung, nicht nur das Vereinshaus wieder auf, sondern organisierten auch Konzerte und Veranstaltungen gegen Rechts.

2008 begannen die Eltern der Jugendlichen als »Buntes Bürgerforum für Demokratie«, den Bewohner_innen der Stadt die rechten Graffitis im Ort zu erklären. Gegen viel Widerstand der Stadtverwaltung – der zu-

folge es hier nie Verfolgte gegeben habe – setzte das Bürgerforum durch, dass im Ort Stolpersteine verlegt wurden. Die Herausforderungen werden nicht kleiner: Die Jugendlichen sind noch immer Ziel rechtsmotivierter Übergriffe mit Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Einschüchterungsversuche gehören zum Alltag – trotzdem wackeln sie unbeirrt beinahe jeden Tag an ihrem Vereinshaus und machen es zum Ort der Begegnung für Jugendliche mit und ohne Fluchtgeschichte. Und dieser geschützte Raum ist besonders wichtig: Der Zuzug von Geflüchteten wurde wie vielerorts auch hier von asylophobischen Demonstrationen begleitet, Geflüchtete berichten von Anfeindungen auf der Straße. Wo Gewalt und Einschüchterung alltäglich sind, braucht es vor allem Mut, nicht klein beizugeben. Weil die Medien nur zögerlich von Übergriffen und Brandanschlägen berichteten, benötigten die Engagierten ein anderes Medium, um die Ereignisse öffentlich zu machen. So gründeten sie die Bürgerzeitung »Rückspiegel«. Was sich das Bunte Bürgerforum für die Zukunft wünscht? »Dass wir zusammenrücken und alle Menschen in unserem Kreis aufnehmen, dass es keine Unterscheidung in »Wir« und »Die Anderen« mehr gibt, sondern nur noch das Wort Mensch. Dass wir viele finden, die sich gegen Menschenverachtung stellen« sagt Ina Grobe. Die Engagierten des Bürgerforums stellen sich weiter mit unablässigem Mut rechter Hetze entgegen, ihnen gilt unser herzlichster Dank!

Von Franziska Schindler



In Limbach-Oberfrohna wollen Engagierte nicht hinnehmen, dass Nazis das Stadtbild dominieren. Bei der Aktion »Grenzenlos farbenfroh« wurden rechte Schmierereien übermalt. Foto: Buntes Bürgerforum für Demokratie

Geldsegen für die AfD

Mit 12,6 Prozent ist die AfD in den Bundestag eingezogen. Damit sichern sich die Rechtspopulisten nicht nur 92 Mandate für voraussichtlich vier Jahre, sondern auch eine Menge Geld.

Alein im Bundestag erhält die AfD für Diäten, Kostenpauschalen und Personalmittel über 38,3 Millionen Euro im Jahr. Hinzu kommen jährlich rund 18 Millionen Euro für die Arbeit der Fraktion. Auf Länderebene kommen jährlich rund 36 Millionen Euro für AfD-Abgeordnete und -Fraktionen hinzu. Sollte sie 2018 auch in die Landtage in Bayern und Hessen einziehen, ergibt sich bis 2021 eine Summe von etwa 400 Millionen Euro für die AfD. Das ergeben Berechnungen der »Rheinischen Post«. Zudem kann die Partei nun hunderte Büroräume, den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags und die Infrastruktur der Parlamente nutzen.

Mit diesen Steuergeldern wird die AfD sich entscheidend verändern. Fehlt es ihr heute oft noch an Know How für wirkungsvolle parlamentarische Arbeit, können die Abgeordneten und ihre ca. 400 Mitarbeiter_innen in den nächsten vier Jahren hauptberuflich ihre Fähigkeiten in der Instrumentalisierung des Parlaments aufpolieren. Die Situation in den Landtagen gibt bereits einen Vorgeschmack: Hier beschäftigt die AfD zum Teil auch Mitglieder der rechtsextremen Identitären Bewegung und der Burschenschaften.

Vor allem aber kann die AfD mit dem neuen Geldsegen ihre menschenverachtenden Positionen weiter verbreiten: in sozialen Medien, Internetplattformen, Podiumsdiskussionen und auf Marktplätzen. Damit die demokratische Zivilgesellschaft dem etwas entgegensetzen kann, braucht sie Hilfe – durch Zuspruch und finanzielle Unterstützung.

Was uns Mut macht

Danke, dass Sie an unserer Seite sind!

Schaute man sich bis vor wenigen Wochen unser Rating auf unserer Facebook-Seite an, war schnell klar, wer da das Sagen hatte: In den Bewertungen wurden wir regelmäßig mit verdrehten Wahrheiten verunglimpft und beleidigt. Ein bisschen tut es schon weh, wenn die eigene Arbeit konstant heruntergemacht wird – auch wenn wir wissen, welches Gedankengut und welche Motivation dahinterstecken. Bis wir an einem Montagmorgen im September ins Büro kamen. Plötzlich bot sich uns ein ganz anderes Bild. Fünf-Sterne-Bewertungen prasselten über das Wochenende nur so auf uns ein, zusammen mit Hunderten Ermutigungen in Kommentar-Form: Auf unseren Bildschirmen erstreckte sich ein Meer von »Macht weiter so!«, »Die AAS macht wirklich gute Arbeit«. Ein echter Love Storm eben. Begeisterung ging durch das Büro. Es scheinen zwar nur Worte zu sein, aber die tun unglaublich gut. Von einem beispiellosen Shitstorm bis hin zu Drohungen per Mail, Brief und Telefon haben wir im letzten Jahr alles erlebt. Damit umzugehen kostet nicht nur Zeit, sondern auch viel Kraft und Nerven. Um die aufzutanken, sind ermunternde Kommentare enorm hilfreich.

Die nächste Überraschung kam mit der Bundestagswahl. Es ist ermutigend zu sehen, dass so viele Menschen die Wahlergebnisse umgehend in Aktionen umgemünzt haben und den Spendenaufrufen an uns gefolgt sind. Der Großteil der Personen spendete zum ersten Mal für die Amadeu Antonio Stiftung. Dass sie sich eben gerade nicht davon haben abschrecken lassen, was an Unwahrheiten über

uns im Netz verbreitet wird, empfinden wir als große Wertschätzung unserer Arbeit. So einen Schub an positiver Energie und finanziellen Ressourcen können wir gut gebrauchen. Denn in den nächsten vier Jahren kommt viel Arbeit auf uns zu, für die wir all unsere Kräfte und natürlich den Rückhalt durch Spenden brauchen.

Auf der Buchmesse standen wir dem neurechten Antaios-Verlag gegenüber und konnten uns fünf lange Tage live davon überzeugen, wie Rechtsextreme Räume erobern, Bühnen erzwingen und sich dennoch als Opfer inszenieren. Und dies, während wir wiederholt von Menschen hörten, dass sie sich auf der Buchmesse nicht mehr sicher fühlen – und das ist nicht verwunderlich: Es kam auf dieser Messe wiederholt zu Vorfällen rechter Gewalt. Unser Stand wurde mehrfach von Personen aus dem Umfeld des Antaios-Verlags blockiert und wir sowohl als Vertreter_innen der Stiftung als auch sehr persönlich beschimpft. Hoffnung machten uns aber all die Menschen, die zu unserem Stand kamen, um sich an unsere Seite zu stellen, sich bei uns für unsere Arbeit zu bedanken und uns zu ermutigen.

Nach dem Wahlerfolg der AfD ist es mehr denn je unsere Aufgabe, gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aktiv zu werden. Dank Ihrer Unterstützung gehen wir bestärkt in die nächste Runde. Ihnen allen dafür vielen herzlichen Dank!

Mit Ihrer Spende können Sie uns helfen weiterzumachen.

Von Franziska Schindler

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Das Hauptanliegen der Amadeu Antonio Stiftung ist es, Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken. Ein tolles Beispiel ist das Projekt »Beteilige Dich! Für eine demokratische Kultur gegen rechts« in der Region um Stralsund. Neben einem großen Open-Air-Konzert erprobten Jugendliche in pädagogisch begleiteten Kunst- und Musikworkshops, wie die Umsetzung eigener Ideen praktisch aussehen kann. Mit diesem Impuls wollen sie sich nun in der Stadt und im Umland mit eigenen Projekten für demokratische Kultur, Menschlichkeit und aktiv gegen Rassismus engagieren.

Dass wir solche Initiativen unterstützen können, verdanken wir unseren Spender_innen. Über 1.200 Projekten konnten wir bereits unter die Arme greifen, davon allein 97 in diesem Jahr. Sie wollen mehr davon? Dann können Sie uns helfen:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte teilen Sie uns für die Spendenquittung Ihre Adresse mit.



SCHENKEN, SHOPPEN UND SPENDEN

Wenn Sie Ihre Reisen zum Jahresende buchen, nach Ladenschluss im Internet Geschenke suchen müssen oder einfach gern online shoppen – dann lohnt sich ein Klick auf www.boost-project.com. Jeden Ihrer Einkäufe unterstützt das Portal mit einer Spende an ein Projekt Ihrer Wahl. Ohne Extrakosten können Sie so unsere Arbeit mit fördern. Viel Spaß beim Einkaufen, Schenken und Reisen – und herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
- Ich spende per Lastschrift _____ €
 - monatlich
 - halbjährlich
 - jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, November 2017

Novalisstraße 12 · 10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Sofia Vester, Robert Lüdecke und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Design

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.